

BOP&P

Berliner Organisation Psychiatrie-
Erfahrener & Psychiatrie-Betroffener e.V.

Auguststr. 71
10117 Berlin (Mitte)

boppev@web.de
www.bpe-online.de/bopp.htm

ApK LV Berlin

Angehörige psychisch Kranker
Landesverband Berlin e.V.

Mannheimer Str. 32
10713 Berlin (Wilmersdorf)

info@ang-psych-kr.de
www.ang-psych-kr.de

Offener Brief

an diverse Institutionen - siehe Verteiler - anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung der Berliner Organisation Psychiatrie-Erfahrener und Psychiatrie-Betroffener BOP&P e.V. und der Angehörigen psychisch Kranker Landesverband Berlin e.V.

06. Juli 2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich unserer Veranstaltung "Die Würde des Menschen in der psychiatrischen Versorgung - gestern und heute" am 11. Juni 2005 im Rathaus Wilmersdorf haben wir, die Psychiatrie-Erfahrenen und Angehörigen, den Entschluß gefaßt, einen gemeinsamen offenen Brief zu verfassen. Unsere Veranstaltung zeigte, daß der Würde von Psychiatrie-Betroffenen (Patienten) immer noch nicht der Stellenwert beigemessen wird, wie dies bei anderen Menschen der Fall ist. Wir erkennen an, daß sich in der psychiatrischen Versorgung in den letzten Jahren vieles verbessert hat. Die menschenunwürdige Zustände in den Anstalten sind größtenteils beseitigt worden und die Konzepte der ambulanten Versorgung und der personenzentrierten Hilfe sind sehr begrüßenswert. Trotz aller Verbesserungen müssen wir aber darauf hinweisen, daß auch jetzt und in der Zukunft weiterführende und tiefgreifende Reformen notwendig sind, um Psychiatrie-Betroffenen eine Gleichstellung zu gewährleisten. Die Würdeverletzung äußert sich heute weniger in "Zuständen" als vielmehr in immer noch würdeverletzendem Verhalten. Dies nachzuweisen ist wesentlich aufwendiger und komplizierter. Der Grund für andauerndes würdeverletzendes Verhalten ist mit großer Sicherheit in der zugrunde liegenden Haltung gegenüber Menschen mit seelischen Krisen begründet. Daraus spricht ein eindeutig überholtes psychiatrisches Menschen- und Krankheitsbild. Das ist im Jahr 2005 nicht mehr hinnehmbar.

Wir sehen außerdem mit großer Sorge, wie betriebswirtschaftliche Vorgaben und kurzfristige Sparziele menschliche Begleitung einschränken, die für Menschen mit seelischen Krisen eminent wichtig ist. Das Zuhören und der Austausch werden ersetzt durch Medikamentengaben, welche allein aber keine Reflektion und keine Selbstverantwortung bewirken können.

Die Gesundheitsverwaltung von Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (PDS) räumte auf eine Anfrage der Grünen hin ein, daß die Personalausstattung in den Berliner Psychiatrien dramatisch schlechter ist, als die bundesweite Verordnung vorschreibt. Demnach fehlen in den Kliniken/Abteilungen von Charite, Vivantes und anderen Häusern mit ihren insgesamt 2 500 Betten unter anderem Ärzte, Psychologen und Pflegepersonal; die Ausstattung liegt teils bei weniger als 80 Prozent des Solls. Dies sei "nicht akzeptabel", so die Behörde. (Berliner Zeitung vom 07.05.2005).

Wir, Psychiatrie-Erfahrene und Angehörige, verstehen nicht, warum es dafür keine Sanktionsmöglichkeiten gibt.

Wir kritisieren insbesondere:

- Einseitigkeit betriebswirtschaftlicher Ziele - d.h. mangelnde Ausstattung mit Personal, hohe Medikamentengaben gegen den Willen der Betroffenen um kurze Liegezeiten einzuhalten sowie die mangelnde Kommunikation über diese betriebswirtschaftlichen Ziele
- mangelnde Finanzierung und Erforschung von Modellvorhaben
- die andauernde Stigmatisierung psychisch Betroffener
- die fehlende Finanzierung der Psychotherapie von Psychose-Betroffenen
- die immer noch fehlende juristische Verbindlichkeit psychiatrischer Patientenverfügungen
- die einseitigen thematischen und finanziellen Schwerpunkt auf Genforschung/ Hirnforschung und Medikamentenforschung
- die unzureichende Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung

Genforschung/ Hirnforschung und Medikamentenforschung haben in den letzten 30 Jahren kaum die Haltung gegenüber Psychiatrie-Betroffenen verändert. Diese Forschungen und Fortschritte geben keinerlei Impulse in einen veränderten täglichen Umgang. Der tägliche Umgang ist aber das entscheidende in der psychiatrischen Versorgung, das therapeutische Herzstück der Rehabilitation und Wiedereingliederung. In dieses Herzstück wird nicht investiert. Ein Großteil von neuen Ansätzen muß sich durch die ehrenamtliche Arbeit schleppen, deren engagierte Beteiligte schnell hoffnungslos überfordert sind.

Um anhaltenden Würdeverletzungen psychisch beeinträchtigter Menschen zu beenden fordern wir:

- die finanzielle, rechtliche und soziale Gleichstellung psychisch Kranker mit somatisch Kranken
- eine umfassende Fortbildung für Ärzte, Pflege-/ Betreuungspersonal und rechtliche Betreuer zum Thema "Umgang mit psychisch beeinträchtigten Menschen und ihren Angehörigen"
- die Einrichtung einer unabhängigen trialogisch besetzten Besuchskommission im stationären sowie im ambulanten Bereich
- weisungsbefugte aber weisungsunabhängige Beschwerdestellen in allen Bezirken
- ausreichenden Möglichkeiten nicht-stationärer Krisenintervention und Krisenbegleitung, aufsuchende Dienste in allen Bezirken
- die Wiedereinführung der Bestellung eines Pflichtverteidigers bei Zwangseinweisungen für die Betroffenen
- die strikte Einhaltung des PsychKG bei Fixierungen und Zwangseinweisungen
- die Entwicklung externer betroffenen- und angehörigekontrollierter Qualitäts- und Bewertungskriterien

- Betroffenen- und Angehörigenbeteiligung in psychiatrischen Versorgungseinrichtungen; die Umsetzung des Dialogs
- Aufklärung und Einbeziehung der Angehörigen in die stationäre sowie ambulante Versorgung
- Teilhabe am Arbeitsleben auch für psychisch beeinträchtigte Menschen
- Ausbau von Arbeits- und Beschäftigungsangeboten im Zuverdienst- und Integrationsbereich,
- finanzielle Unterstützung für die Selbsthilfearbeit der Betroffenen und Angehörigen

Im Hinblick auf die in der Vergangenheit - in der Zeit des Nationalsozialismus- geschehenen Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie, fordern wir, psychiatrie-erfahrene Menschen und ihre Angehörigen nicht auszugrenzen und ihre Menschenrechte und Menschenwürde zu achten und zu wahren.

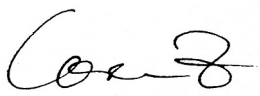
Wir fordern, keine Unterschiede zwischen der Würde psychiatrie-erfahrener Menschen und anderer Menschen zu machen.

Wir, Betroffene und Angehörige, würden es sehr begrüßen, wenn Sie uns Gelegenheit zu einer Erörterung der aufgezeigten Kritikpunkte und Forderungen geben könnten.

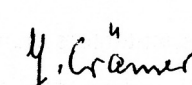
Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand von BOP&P e.V.

Für den Vorstand der ApK LV Berlin e.V.


Annette K. Lorenz


Reinhard Wojke


Jutta Crämer


Eva-Maria Weber - Schramm

Verteiler:

1. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz -
Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner, Oranienstr. 106, 10969 Berlin
Staatssekretär für Gesundheit und Verbraucherschutz
Dr. Hermann Schulte-Sasse
Landesbeauftragte für Psychiatrie Heinrich Beuscher
2. Psychiatriekoordinatoren der Bezirke
3. Landesbehindertenbeauftragter Martin Marquard
4. Ärztekammer Berlin, Präsident Dr. med. Günther Jonitz, Friedrichstr. 16, 10969 Berlin
5. Kassenärztliche Vereinigung Berlin, der Vorstand, Vorsitzende Dr. med. Angelika Prehn
6. Verein Berliner Nervenärzte e.V., Dr. Norbert Mönter
7. Verein für Psychiatrie und seelische Gesundheit e. V., Dr. Norbert Mönter
8. Chefärzte der Berliner Nervenkliniken
9. Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., Referat Psychiatrie,
Frau Patrizia Di Tolla
10. Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften der Bezirke